

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Schagerl, Gruber und Waldhäusl

zur Gruppe 1 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg.-1595

betreffend Eindämmung des Bürokratieaufwandes für Blaulichtorganisationen bei der Absetzbarkeit von Spenden

Es sind die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer, die sich in kleineren Vereinen bis hin zu den großen Feuerwehren unseres Landes selbstlos und unbürokratisch in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Damit ersparen sie dem Staat und dem Land alljährlich Millionensummen, die man aufwenden müsste, diese lebensnotwendige Struktur hauptberuflich stellen zu können.

Feuerwehren retten Leben, veranstalten Feste und führen Haussammlungen durch, um zum Beispiel eigene Gerätschaften mitzufinanzieren oder das Feuerwehrhaus sanieren zu können. Diese Sammlungen werden nun durch einen übermäßigen bürokratischen Aufwand erschwert. Seit dem Jahr 2017 werden diese Organisationen verpflichtet, die Absetzbarkeit der Spenden zu verzeichnen. Sie sollen also alle Spenderinnen und Spender mit Namen, Geburtsdatum und Betrag per Computer in ein System des zuständigen Finanzamtes eingeben. Damit wird der bürokratische Aufwand massiv erhöht und bindet wichtige Ressourcen.

Auch die Volksanwaltschaft hat bereits im Vorfeld kritisiert, dass hier der Verwaltungsaufwand auf die Spender und begünstigten Vereine abgewälzt werde. Im Übrigen stelle sich die Frage der Verantwortung bei Eingabefeldern genauso, wie es auch Bedenken zum Datenschutz gibt. Letztendlich könne die Spendenfreudigkeit ob der Komplexität und des „Datenstrips“, den der Spender nun nicht nur vor der Finanzverwaltung, sondern auch vor Spendenorganisationen hinlegen solle, sogar abnehmen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung, insbesondere an den Minister für Finanzen, heranzutreten, um die oben genannten Regelungen rückgängig zu machen und die vielen gemeinnützigen Vereine, vor allem die Blaulichtorganisationen, nicht mit massiven, zusätzlichen bürokratischen Auflagen zu belasten.